



Karl-Heinz-Mrosek

Auf ein Wort

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, liebe Leserinnen und Leser,

ich hoffe, Sie haben die Weihnachtsferien gut verlebt und angenehme Feiertage gehabt. Nun sind die Ferien zu Ende. Ich wünsche Ihnen für das neue Kalenderjahr alles Gute sowohl im privaten, im dienstlichen als auch im gewerkschaftlichen Bereich.

Im gewerkschaftlichen Bereich haben wir immer noch **L-ego**, die Lehrerentgeltordnung, auf der Tagesordnung. Erst haben die Arbeitgeber gemauert und uns Lehrkräfte hingehalten, jetzt haben sie willkürlich die Verhandlungen abgebrochen. Für uns muss gelten, wir werden weiterkämpfen. Dabei geht es nicht nur um das Geld für die angestellten Kolleginnen und Kollegen, sondern letztlich generell um die Bezahlung von Lehrkräften in unserem Lande. Vielleicht müssen wir im Februar noch einmal in den Streik treten. Wir werden die Angestellten dann dazu auffordern. Folgt bitte diesen Streikaufrufen.

Im vergangenen Jahr kam bundesweit die „**Integrationsdebatte**“ in Gang. Hier in Gelsenkirchen wurde sie, ausgelöst durch unsere Stadtverbandszeitung, seit 2006 sehr intensiv geführt. Speziell in dieser Zeitung haben wir immer wieder auf bestimmte Missstände, Erkenntnisse und Fakten hingewiesen. Dieses fand im Feedback der Kollegenschaft hauptsächlich Zustimmung, es gab jedoch auch Kritik „Warum macht Ihr immer diese Kampagne?“

In dieser Zeitung haben wir keinen eigenen Artikel in dieser Angelegenheit abgedruckt. Das ist bereits in anderen Zeitschriften geschehen. Alle Medien haben sich dieses Themas angenommen.

Ich möchte es aber nicht unterlassen, einen Hinweis auf die Studie von Professor Christian Pfeiffer zu geben. In seiner Schrift „Religion, Integration und Delinquenz junger Menschen in Deutschland“ stellt er das folgendermaßen dar: „Ein Befund gilt für alle Religionen: Je stärker Jugendliche in ihrem Glauben verankert sind, um so seltener begehen sie einen Ladendiebstahl oder haben Alkoholprobleme. Bei muslimischen Jugendlichen ist dieser Zusammenhang sogar noch stärker ausgeprägt als bei jungen Christen.“

Im Hinblick auf das Gewaltverhalten zeigt sich jedoch eine gegensätzliche Tendenz. Für junge Christen gilt, dass sie mit steigender Religiosität weniger Gewalttaten begehen. Bei jungen Migranten sinkt beispielsweise die Quote der Gewalttäter von 21,8 % (nicht religiöse Jugendliche) auf 12,4 % (sehr religiöse Jugendliche) oder den Angehörigen sonstiger Religionen entsprechend von 26 % auf 8,5 %. Für junge Muslime geht dagegen die zunehmende Bindung an ihre Religion mit einem Anstieg der Gewalt einher. Die höchste Quote erreichen hier die „sehr religiösen“ Jugendlichen mit 23,5 %, die niedrigste die „etwas Religiösen“ mit 19,6 %.“

Diese Ergebnisse gingen zwar durch die Medien, wurden bisher aber kaum diskutiert. Gerade vor dem Hintergrund, dass nun Studiengänge für Imame an deutschen Universitäten eingerichtet werden ist diese Untersuchung äußerst notwendig.

Mit **Bildungspolitik** werden wir uns in unserem Land (neue Landesregierung) und in unserer Stadt (anstehende Beschlüsse zum Schulentwicklungsplan) auseinander setzen müssen. An anderer Stelle finden Sie in dieser Zeitung dazu einige aktuelle Statistiken über die Schülerentwicklung von 2010 bis 2019. Die Demografie fordert Konsequenzen. Die normative Kraft des Faktischen wird uns zwingen pö a pö vom gegliederten Schulsystem Abstand zu nehmen. Sicherlich werden wir auf unserer Jahreshauptversammlung Gelegenheit haben, darüber zu sprechen.

Und ansonsten geht es weiter Tag für Tag am Arbeitsplatz Schule – halten Sie durch. Glückauf

Karl-Heinz Mrosek

Druck:	Firma Blömeke SRS GmbH Resser Straße 59, 44653 Herne
Auflage:	3.800 Exemplare

Neues Schreckgespenst in den Schulen – Minusstunden

Einige Kolleginnen und Kollegen sind nicht nur seit Schuljahresbeginn mit einem neueren Problem konfrontiert worden. Einige Schulleitungen gehen auf Kolleginnen und Kollegen zu und weisen sie darauf hin, dass sie nicht ihre vollständige Pflichtstundenzahl abgeleistet hätten und die noch verbleibende bitte in einer Liste als Minusstunden notieren sollen. In den meisten Fällen ist den Kolleginnen und Kollegen nicht bewusst, dass sie ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen sind. Als besonderes Beispiel sei hier der erste Schultag im Primarbereich genannt. Kolleginnen und Kollegen, die ein neues erstes Schuljahr übernehmen, haben ihre Klasse oftmals erst am Folgetag (Einschulungstag). Es können also am ersten Tag keine Pflichtstunden erteilt werden, weil die Klasse noch nicht da ist. Frage: Ist es legitim, deshalb Minusstunden aufschreiben zu müssen? Antwort: Nein. Begründung: BASS 21-22 Nr. 21 (Mehrarbeit und nebenamtlicher Unterricht im Schuldienst) unter Ziffer 4.5 findet sich im letzten Absatz ein klarer Hinweis darauf, dass Kolleginnen und Kollegen am ersten Schultag durch die Schulleitung die Anweisung erhalten haben, sich auf den Einschulungstag vorzubereiten und auch für die Schule Maßnahmen zu ergreifen, die den ersten Schultag für die Kinder zu einem gelungenen Ereignis werden lassen. Allein dies reicht aus, um die am Tag vorgesehenen Pflichtstunden als geleistet anzurechnen. Somit müssen die nicht als Minusstunden geführt werden. Unter der Ziffer 4.4 werden alle anrechenbaren Ausfallstunden aufgeführt. Interessant ist, dass dabei auch Stunden genannt werden, die in der Vergangenheit kaum noch gewährt worden sind, wie z. B. Eltern- und Schülersprechtage, Konferenzen und Dienstbesprechungen, Schulveranstaltungen, Fortbildungsveranstaltungen, Veranstaltung zur Förderung der Betriebsgemeinschaft (Lehrerausflug) etc.

Wer Minusstunden notieren musste, sollte anhand des Erlasses die Rücknahme einfordern und gegebenenfalls die GEW-Personalräte einschalten.

Lothar Jacksteit

Rechtstipp aktuell

Schulverweis nach Faustschlag ins Gesicht

Ein Gymnasiast muss nach einer Gewalttat die Schule wechseln. Hier hatte ein 15-Jähriger einen Mitschüler ohne Vorwarnung gezielt ins Gesicht geschlagen.

aus Rechtstipps aktuell September 2010

Entlassung wegen zugespitzter Wortwahl

Personalratsvorsitzender der Uniklinik Erlangen soll gehen

Dem langjährigen Personalratsvorsitzenden der Uniklinik Erlangen Hajo Enes soll fristlos gekündigt werden. Dies zumindest hatte die Verwaltung dem Personalrat Ende August 2010 mitgeteilt. Nachdem dieser hierfür die Zustimmung verweigert hat, liegt die Sache nun beim Verwaltungsgericht in Ansbach. Die Kündigung soll sich ausschließlich darauf stützen, dass der Personalratsvorsitzende in diversen Auseinandersetzungen mit Vorgesetzten eine zugespitzte Wortwahl gewählt haben soll. Es ist aber seit langem durch die Rechtsprechung geklärt, dass der Umgangston zwischen Personalräten und Arbeitgebern durchaus schärfer sein darf, als zwischen Untergebenen und Vorgesetzten. Der Urteilstext sagt aus: Es ist nicht zu beanstanden, wenn ein Personalratsmitglied die Interessen der Beschäftigten gegenüber dem Behördenleiter prononciert und mit Nachdruck vertritt und sich dabei einer Sprachweise bedient, die sonst im Umgang zwischen Vorgesetzten und Untergebenen nicht üblich ist. Das Personalvertretungsrecht beherrschende Partnerschaftsprinzip gestattet sachliche Kritik an den Maßnahmen der Amtsleitung und eine entsprechende Schärfe in der Redewendung (vgl. BDiG Frankfurt v. 18.8.1993, Az: VI BK 8/93). Die GEW Gelsenkirchen hat eine schriftliche Solidaritätserklärung an die entsprechenden Stellen versendet.

Lothar Jacksteit



Impressum

Herausgeber: GEW-Stadtverband Gelsenkirchen
Essener Straße 88,
45899 Gelsenkirchen

Redakteur (verantw.): Karl-Heinz Mrosek
verantwortl.

i.S.d.P.: Karl-Heinz Mrosek
GEW-Stadtverband Gelsenkirchen
Essener Straße 88
45899 Gelsenkirchen

Jahreshauptversammlung

Das Vereinsrecht schreibt Jahreshauptversammlungen vor.

Unsere Satzung verpflichtet uns auch einmal im Jahr eine Jahreshauptversammlung zu machen. In jedem 3. Jahr finden auf dieser Jahreshauptversammlung Wahlen statt. Das ist in diesem Jahr nicht der Fall. Formalia aber, die anstehen, sind der **Kassenbericht**, die Entlastung des Kassierers sowie die Diskussion des **Tätigkeitsberichts** des Vorstandes.

Wir haben in den letzten Jahren festgestellt, dass die Teilnahme unserer Mitglieder an diesen Veranstaltungen immer mehr zurückgegangen ist. Wir haben versucht, durch Referenten, durch eine Einladung zum Abendbrot diese Veranstaltungen attraktiver zu machen, jedoch mit wenig Erfolg.

Beim letzten Mal hatten wir nur noch 1 % unserer Mitglieder erreicht und konnten sie auf der Jahreshauptversammlung begrüßen. Wir haben überlegt, wie wir das ändern könnten und haben gedacht, vielleicht wählen wir einmal einen attraktiveren Ort, als das Gewerkschaftshaus in Gelsenkirchen und versehen das Ganze mit einem Kulturprogramm, von dem jeder Einzelne an seinem Arbeitsplatz in der Schule profitieren kann, für seinen Unterricht und für seine Schülerinnen und Schüler. Deshalb sind wir dieses Mal im **kleinen Museum**. Dort geht es um Bergbau in unserer Stadt. Das gemeinsame Essen soll dann der zentrale Punkt dieser Versammlung sein, um dann nach dem Essen rückschauend vorausschauend in einem locker, jedoch moderiertem Gespräch die Dinge anzusprechen, die uns aus gewerkschaftlicher Sicht wichtig erscheinen. Ob es klappen wird, können Sie selbst erleben, wenn Sie teilnehmen. Der Vorstand würde sich freuen.

Damit wir jedoch planen können und die Belegschaft des kleinen Museums nicht überfordern, wäre es begrüßenswert, wenn Sie sich anmelden würden.

Per Post: GEW Stadtverband Gelsenkirchen, Essener Straße 88, 45899 Gelsenkirchen, per Fax: 0209 514207 oder per E-Mail: gew-ge@gmx.de.

Anmeldungen bitte bis zum 2. Februar 2011.
Danke.
14

Der Vorstand

Einladung zur Jahreshauptversammlung 2011

am **Mittwoch, dem 9. Februar 2011 um 18:00 Uhr**

das kleine Museum, Eschweiler Straße 11 und 47,
45897 Gelsenkirchen.

Tagesordnung/Programm

1. **Kulturprogramm**

Wir treffen uns um 18:00 Uhr vor dem kleinen Museum - Haus-Nr. 47 - und werden dann ca. 45 Minuten eine Führung durch das Museum haben.

2. **Gewerkschaftliche Pflichten**

Wenn wir mehr als 15 Personen sind, werden wir in das andere Haus des kleinen Museums, Eschweiler Straße 11 wechseln. Dort haben wir Platz für bis zu 50 Personen. Hier werden wir den Kassenbericht des Kassierers zur Kenntnis nehmen, den Bericht der Kassenprüfer um dann schließlich und endlich den Kassierer entlasten zu können und evtl. neue Kassenprüfer zu wählen.

3. **Abendbrotzeit**

Wir werden uns von den Damen des Museums mit einem Bergmannsabendbrot, einem deftigen westfälischen Pfefferpothast verwöhnen lassen. Dazu sollen ein Schnaps und ein Bier sehr gut schmecken. Der Kassierer lädt uns alle ein.

4. **Diskussion**

Gut das wir mal drüber geredet haben. Es ist üblich, dass man auf einer Jahreshauptversammlung den **Tätigkeitsbericht** des Vorstandes entgegennimmt, diskutiert und auch kritisiert. Das wollen wir nach dem Essen tun. Der Bericht, der in Kurzform in dieser Zeitschrift veröffentlicht ist, wird durch den Vorstand noch einmal mündlich ausgeführt und ergänzt. Wir freuen uns auf eine kritisch konstruktive Diskussion über unsere Arbeit und über die Art und Weise, wie wir die Themen transportiert haben. Ein wichtiger Punkt an diesem Abend wird sicherlich der **Schulentwicklungsplan** sein.

5. **Verschiedenes**

Auch dafür wird es Zeit geben, man weiß ja nie was kommt. Das Ende wird auf jeden Fall gegen 21:00 Uhr gekommen sein.

Auch Nichtmitglieder sind sehr willkommen.

Bitte anmelden!

Der Vorstand

Rechenschaftsbericht zur Vorstandsarbeit 17. Februar 2010 – 13. Dezember 2010

- ❖ Die Jahreshauptversammlung fand am 17. Februar 2010 statt.
- ❖ Anzahl der Mitglieder: Gesamt: 1.230 (Gelsenkirchen: 1.057, Gladbeck: 173) (aktuell)
- ❖ Im Berichtszeitraum fanden 8 Vorstandssitzungen mit folgenden Themen statt:
 - Terminplanung
 - Veranstaltung der AG Masterplan Bildung
 - Zusammenarbeit SV Gelsenkirchen und OV Gladbeck
 - Finanzen
 - Angestelltenarbeit, Tarifarbeit, Sachstand
 - ORG'Net – geplante Erfassung der GEW-Mitglieder und der dazugehörigen Schulen
 - Diskussion zum Thema „Islam“. Insbesondere die Problematik muslimischer SchülerInnen – Erfahrungsaustausch – Islamismus an Schulen in Gelsenkirchen und Gladbeck
 - Vorschläge zum Schulentwicklungsplan
 - „Eine Schule für alle“ Initiative GE-Hassel
 - Thema „Inklusion“ – Referat Gerd Weidemann/Jahreshauptversammlung
 - Homepage des GEW-Stadtverbandes ist freigeschaltet
 - Rechtsschutzanträge
 - Antrag des Stadtverbandes an den Gewerkschaftstag: Personelle Verstärkung des Landesverbandes im Bereich Tarifrecht, Beamtenrecht, Landespersonalrecht und Betriebsverfassungsrecht
 - Gründung eines Arbeitskreises für LehrerInnen mit Migrationshintergrund
 - Vorbereitung und Durchführung des Warnstreiks am 3. Mai 2010
 - Nachbereitung und Auswertung des Warnstreiks – Vorlage eines Evaluationsbogens
 - Kassenbericht der AG Masterplan Bildung
 - Nachbereitung des Gewerkschaftstages – Anträge sind im Sinne des Stadtverbandes verabschiedet worden.
 - Die Fachgruppe „Förderschule“ wird wieder tätig
 - Versetzung von schwerbehinderten KollegInnen
 - Berichte von BZA-Sitzungen
- Planung – Termine - Aktionen zu L-ego – Verhandlungen der Tarif- und Besoldungsrunde 2011
- Anschaffung einer Lautsprecheranlage
- ❖ Folgende Veranstaltungen wurden im Berichtszeitraum durchgeführt:
 - Schulungen: Lehrerräte am 19.05.2010
 - Veranstaltungen: Symposium AG Masterplan Bildung am 01.03.2010 in Essen (ca. 140 Teilnehmer)
 - Fortbildung: Ansprechpartnerinnen für Gleichstellungsfragen am 17.05.2010
 - Jubilarehrung: Veranstaltung in der Kellerbar des Concol-Theaters am 04.11.2010



Foto: Detlef Seela

Kabarettabend im Concol-Theater

- ❖ Versand an Schulen:
 - Die Schule der Nation ist die Schule
 - Tarifinfo L-Ego Nr. 3
 - Broschüren „Fortbildung wirkt, Gesundheit gewinnen“
 - Einladung Symposium der AG Masterplan Bildung am 01.03.2010 in Essen
 - Einladung zur Fachgruppensitzung Grund- und Hauptschulen am 02.10.2010
 - Plakat: in der GEW kämpfen alle gemeinsam für ein besseres Einkommen
 - Tarifinfo L-Ego Nr. 4 – GEW drängt auf mehr Dampf bei Verhandlungen
 - Tarifinfo L-Ego Nr. 5 – Lehrkräfte-Verhandlung werden fortgesetzt
 - Tarifinfo L-Ego Nr. 6 – Zähe Lehrkräfte-Verhandlungen
 - Tarifinfo L-Ego Nr. 7 – GEW fordert endlich Klarheit
 - Einladung Lehrerräteschulung 19.05.2010

- Einladung Treffen der tarifbeschäftigten Lehrkräfte aus Gelsenkirchen und Gladbeck am 27.04.2010
 - Info Warnstreik 04.05.2010
 - Tarifinfo L-ego Nr. 8 – Jetzt reicht's: Warnstreiks und Proteste
 - Tarifinfo L-ego Nr. 9 – Arbeitgeber unnachgiebig – Gewerkschaften suchen pragmatische Lösung
 - Broschüre: Bist Du startklar? Tipps für Schulpraktika
 - Info: Arbeitszimmer wieder steuerlich absetzbar
 - Plakat: Wer hohe Ziele hat, kann nicht am falschen Ende sparen
 - Einladung zur Mitgliederversammlung des OV Gladbeck am 03.11.2010
 - Einladung Kabarettabend im Consol-Theater am 04.11.2010
 - Einladung Jubilarehrung
 - Unterschriftenaktion des DGB zum Thema „Rente mit 67“
- ❖ Stadtverbandszeitungen GE-W 148 und GE-W 149
- ❖ Diverse Pressemitteilungen



Liebe bildungspolitisch Interessierte!

Zwei Themen dominieren derzeit die bildungspolitische Diskussion in Gelsenkirchen: Zum Einen sind es die von der NRW-Landesregierung zur Diskussion gestellten – zum Teil bereits eingeleiteten – Änderungen in der Bildungspolitik des Landes NRW und zum Zweiten die Schulentwicklungsplanung in unserer Stadt.

Bildungspolitik war eines der zentralen Themen des Landtagswahlkampfes mit dem Ergebnis, dass die Position der damaligen CDU-FDP-Landesregierung keine Mehrheit mehr bekam. Die Tatsache, dass SPD und GRÜNE keine eigene Mehrheit haben, erschwert aber das Vorhaben, Gesetzesänderungen auf den Weg zu bringen. Wichtige Wahlkampfthemen wie die freie Entscheidung der Gymnasien, zu G 9 zurück kehren zu können oder die Einführung der Gemeinschaftsschule als neuen Schultyp können kurzfristig nur als Modellversuche nach § 25 SchulG realisiert werden.

Dennoch ist eine Aufbruchstimmung im Lande zu spüren, insbesondere was die Vorbereitung der Einführung von Gemeinschaftsschulen im Lande angeht. Da dort insbesondere CDU-geführte Gemeinden im ländlichen Raum aktiv sind, besteht die Hoffnung, dass die Einführung dieser Schulform, die auch für Gelsenkirchen interessant ist, in einer politisch breit getragenen Gesetzesnovelle berücksichtigt werden kann.

Es erscheint also möglich, mittelfristig die von der Stadtverwaltung befürwortete Gründung von Gemeinschaftsschulen in Hassel, Erle und Schalke ohne Rückgriff auf Schulversuche durchführen zu können.

Auch der Einführung längeren gemeinsamen Lernens steht nichts mehr im Wege. Nachdem inzwischen von den Eltern von 30 Horster Kindern das Interesse bekundet wurde, sie von Klasse 1 bis Klasse 10 gemeinsam lernen zu lassen, wird es den Modellversuch „GELL“ geben, bei dem die Nordsternschule, die Gesamtschule Horst und die Arbeiterwohlfahrt gemeinsam den Erziehungs- und Bildungsprozess dieser Kinder gestalten.

Aber auch die Netzwerk-Arbeit geht weiter: Inzwischen hat ein Nachfolgetreffen der ersten Bildungskonferenz stattgefunden. Den Teilnehmern/innen wurde vor Augen geführt, dass das Regionale Bildungsnetzwerk in Gelsenkirchen funktioniert und der Begriff „staatlich-kommunale Verantwortungsgemeinschaft“ in Gelsenkirchen keine Leerformel ist.

Das Treffen hat den Mund wässrig gemacht für die zweite Bildungskonferenz im April 2011, die die vorhandene Aufbruchstimmung in konkrete Konzepte gießen wird.

Bildung ist die Zukunft unserer Stadt!

Dr. Manfred Beck

GEW-Geschäftsstelle:

Essener Straße 88
45899 Gelsenkirchen
Tel.: 0209 513759
Fax: 0209 514207

Homepage: www.gew-gelsenkirchen.de
E-Mail: gew-ge@gmx.de

Öffnungszeiten:

Montag und Donnerstag: 09:00 – 12:00 Uhr
Dienstag und Mittwoch: 15:00 – 18:00 Uhr

Offener Brief an die EKD-Synode



Dr. Brigitte Schumann

"Niemand darf verloren gehen!"

Die EKD-Synode 2010 hat ihr diesjähriges Schwerpunktthema der Bildungs- und Teilhabegerechtigkeit unter die Losung "Niemand darf verloren gehen" gestellt.

Ich gehe davon aus, dass die EKD-Synode mit der Forderung "Niemand darf verloren gehen" ihren Anspruch und Maßstab für die Qualität von Bildung in unserer Gesellschaft ausspricht. Damit macht sie es sich zur Aufgabe, die Strukturen und die Lernkultur des deutschen Schulsystems sowie das bildungspolitische Selbstverständnis von Politik und Gesellschaft in unserem Land kritisch und grundsätzlich zu hinterfragen.

Dass niemand verloren gehen darf, ist eine radikale Forderung. Sie ist auch in der radikalen Vorstellung des Menschenrechts auf Bildung enthalten. Das Menschenrecht auf Bildung kennt keine individuellen Vorleistungen oder Ausnahmen. Es ist nur an eine einzige Bedingung geknüpft: das Menschsein.

Heute finden wir in Deutschland deutliche Diskrepanzen zwischen dem Menschenrecht auf Bildung und seiner realen Umsetzung. Meine nachfolgenden Thesen sind eine Aufforderung an die EKD-Synode, dem Menschenrecht auf Bildung in Deutschland gesellschaftliche und politische Geltung zu verschaffen:

1. Recht auf inklusive Bildung gilt für alle

Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert explizit die Anerkennung und Realisierung des allgemeinen Menschenrechts auf inklusive Bildung auch für die Gruppe der Menschen mit Behinderungen. Dieses Recht darf keinem Kind vorenthalten oder abhängig gemacht werden von Elternhaus und Einkommen, von sozialer, kultureller und ethnischer Herkunft, von Begabung und Leistungsvermögen, von Behinderung oder Nichtbehinderung.

2. Recht auf inklusive Bildung ist vorteilhaft für alle

Internationale Erfahrungen und die empirische Bildungsforschung belegen: Gemeinsames Lernen fördert die kognitive, emotionale und soziale Entwicklung des Menschen. "Learning to live with each other" hat die UNESCO 1999 zum wichtigsten Lernziel des 21. Jahrhunderts erklärt. Unseren Kindern dürfen diese Lerngelegenheiten nicht länger verweigert werden. Vielfalt und Unterschiedlichkeit im gemeinsamen und individualisierten Lernen ist lernförderlich für alle und ermöglicht individuelle Lernerfolge auf hohem Niveau.

SPD, Grüne ,CDU und Linke zur UN-Konvention GEW begrüßt breiten Parteikonsens zur Inklusion

Die GEW begrüßt den am 24.11.2010 im Schulausschuss gefundenen politischen Konsens zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Der fraktionsübergreifende Antrag, dem die FDP ihre Zustimmung verweigerte, gebe die Zielrichtung einer inklusiven Pädagogik an den Schulen an, mit der Schülerinnen und Schüler nicht mehr aussortiert würden.

„Wir finden es richtig, schulische Strukturen und didaktische Konzepte von vornherein auf die Unterschiedlichkeit der Kinder und auf individuelles Fördern und Fordern auszurichten,“ erklärte am 24.11.2010 die GEW-Landesvorsitzende Dorothea Schäfer zum Parteienkonsens im Schulausschuss des Landtages.

(...)

Schäfer wertet den Parteienkonsens als bildungspolitische bedeutende Initialzündung, dem weitere Schritte folgen müssten. „Wir erwarten“, so die GEW-Vorsitzende, „dass die Landesregierung dann die Ausarbeitung eines landesweiten Inklusionsplanes auf den Weg bringt und dazu einen unabhängigen Inklusionsbeirat einberuft, dem auch die GEW als größte Lehrerorganisation angehört.“

auf unterschiedliche Schulformen mit ungleichwertigen Bildungsgängen verteilt. So entsteht soziale Trennung und soziale Ungleichheit wird verschärft. Eine gerechte Gesellschaft, die die Menschenrechte achtet, ist auf die Struktur und die Lernkultur einer SCHULE FÜR ALLE angewiesen.

3. Recht auf inklusive Bildung ist Fundament für eine gerechte Gesellschaft

Unser Schulsystem ist von Barrieren geprägt: Kinder mit Behinderungen werden von Kindern ohne Behinderungen getrennt. Schülerinnen und Schülern werden früh

4. Recht auf inklusive Bildung schließt Recht auf hochwertige Förderung ein

Menschen mit Behinderungen haben ein individuell einklagbares Recht auf inklusive Bildung. Zwangszuweisungen zur Sonderschule/Förderschule darf es ab sofort nicht mehr geben. An die Stelle des Sonderschulsystems müssen inklusive Schulen mit qualitativ hochwertigen Förderstandards treten. Präventive und schulzeitbegleitende Förderung für die am stärksten gefährdeten, benachteiligten und behinderten Kinder ist unabdingbare Voraussetzung. Ebenso die entsprechende Ausstattung der Schulen und die Unterstützung des pädagogischen Personals.

5. Recht auf inklusive Bildung und ein gespaltenes Schulsystem widersprechen sich

Als Kompromiss in der bildungspolitischen Diskussion zeichnet sich ein zweigliedriges Schulsystem ab, bestehend aus dem Gymnasium und einer zweiten Schulform, die alle anderen bestehenden Schulformen zusammenfasst. Die Politik bedient damit das Interesse von Menschen aus der Mittel- und Oberschicht am Erhalt des Gymnasiums: Bildungsprivilegien sollen weiterhin garantiert werden und der erwünschte Abstand zu den Kindern der Unterschicht und des Prekariats soll eingehalten werden.

Wer damit seinen Schulfrieden machen will, opfert das universale Menschenrecht auf inklusive Bildung und etabliert das Recht auf Gymnasium als deutsches Sonderrecht.

Ich wünsche mir einen Beschluss von der Synode, der ein Signal setzt für eine mutige, aufgeklärte, menschenrechtliche Bildungsreform und vielleicht sogar für eine Menschenrechtsbewegung in Deutschland. Im besten protestantischen Sinne.

Dr. Brigitte Schumann

17. & 18. Februar 2011
Bildungskongress in Bochum!
Schon angemeldet?

Aktiv gegen Ausbildungsabbruch!

Ausbildungsplätze sind wertvoll. Sie sind ein Sprungbrett in die Arbeitswelt. Die Betriebe verpflichten sich zu einer erfolgreichen Berufsausbildung und Begleitung der anvertrauten Auszubildenden. Dass im Einzelfall das Ausbildungsziel nicht erreicht wird, kann vorkommen. Aber es

ist nicht hinnehmbar, dass 21,5 % (NRW: 21,7 %) der Ausbildungsverträge im Jahr 2008 (Berufsbildungsbericht) vorzeitig gelöst wurden. Bundesweit summiert sich das auf fast 140.000 Ausbildungsabbrüche.

Für Ausbildungsverhältnisse zwischen dem 1. August 2003 bis einschließlich 31. Juli 2009 waren AusbilderInnen nach § 7 der Ausbilder-Eignungsverordnung vom Nachweis der Ausbilder-Eignungsprüfung durch die damalige Bundesregierung befreit. Der damit verbundene Verzicht auf die Eignung sowie die Aus- und Weiterbildung der AusbilderInnen hat sicher nicht zu einer Professionalisierung der Ausbildung geführt.

Rangfolge Berufe 2009

1. Einzelhandelskaufmann/-frau
2. Bäcker/in
3. Verkäufer/in
4. Zahnmedizinische/r Fachangestellte/r
5. Bürokaufmann/-frau
6. Hotelfachmann/-frau
7. Kaufmann/-frau für Bürokommunikation
8. Metallbauer/in
9. Koch/Köchin
10. Medizinische/r Fachangestellte/r

Etwa die Hälfte der Abbrüche erfolgt im ersten Ausbildungsjahr, davon wiederum die Hälfte in der Probezeit.

In 57 % der Fälle geht die Initiative von Auszubildenden aus. 32 % sind arbeitgeberinitiiert und 11 % Auflösungen erfolgen im gegenseitigen Einvernehmen. 70 % der abbrechenden Auszubildenden führen dafür Mängel im Betrieb an, 60 % Konflikte mit AusbilderInnen. Schulische Gründe spielen bei der Entscheidung für einen Abbruch dagegen nur eine geringe Rolle.

Entscheidend ist also der Übergang von der allgemeinbildenden Schule in den Beruf. Die Auszubildenden erleben erstmals Vorgesetzte, unterliegen anderen Regelungen, Beanspruchungen und Belastungen. Die kulturelle Dimension des Übergangs wird bisher zu wenig beachtet.

Überdurchschnittliche Abbruchquoten von Ausbildungsverhältnissen werden im Handwerk und in der Hauswirtschaft verzeichnet (23 %), aber auch Industrie und Handel liegen mit 18 % noch hoch und einzig der öffentliche Dienst bietet mit 6 % einen akzeptablen Wert. Der anhaltende Personalabbau im öffentlichen Dienst lässt jedoch erwarten, dass auch hier die Abbrecherquote steigen wird.

Arbeitsverdichtung und Beschleunigung aller Prozesse hat in vielen Betrieben dazu geführt, dass weniger Zeit für die berufliche Ausbildung zur

Verfügung steht und weniger lernhaltige Arbeit anfällt. Darunter leidet auch die Interaktion zwischen AusbilderInnen und Auszubildenden, so fehlt es vielfach an Geduld und Gelassenheit. Es muss wieder mehr Chancen zum Üben und Freiräume zum Ausprobieren geben. Die Lebenswelten von Betrieben und Azubis entwickeln sich jedoch auseinander. Die Betriebe wünschen sich unkomplizierte Azubis. Die Azubis wünschen sich Verständnis, Unterstützung und soziale Kontakte. Eine Reduzierung der Abbrecherquote lässt sich nur durch eine Weiterentwicklung des Ausbildungssystems erreichen! Gute Begleitung und Motivation der Azubis führt zu positiveren Absolventenzahlen.

Deshalb folgende Forderungen:

- Ausbildungsbegleitende Hilfen müssen Standardangebote der Berufsausbildung sein, um schwächeren Jugendlichen gute Abschlüsse zu ermöglichen.
- Um hohe und unnötige Abbrecherquoten zu vermeiden, sind Qualitätssicherungssysteme nötig.
- Ein verbessertes Kontrollsystem der zuständigen Stellen für Berufsbildung und ihrer Berufsbildungsausschüsse muss sicherstellen, dass die Betriebe den Anforderungen für die Ausbildungsberechtigung nachkommen.
- Zu guter beruflicher Ausbildung gehört eine optimierte Berufsorientierung und Begleitung beim Berufswahlentscheidungsprozess, bei der Betriebe, Schulen, Bundesagentur für Arbeit und alle weiteren Akteure des Ausbildungsbereichs kooperieren: mit einem System zielgruppenorientierter und professioneller Beratungsangebote beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt.

Den Ausbildungsbetrieben muss klar sein, dass AusbildungsanfängerInnen keine fertigen Fachkräfte sind, es sich um ein Ausbildungs- und nicht um ein Arbeitsverhältnis handelt und sie sich in der Phase des Erwachsenwerdens bzw. der Verselbstständigung vom Elternhaus befinden. Neben der qualifizierten Ausbildung sind häufig besondere Unterstützungen und Vertiefungsphasen erforderlich. Ins besondere den betrieblichen Anforderungen an Kommunikationsvermögen, Teamfähigkeit und Selbstreflexion können viele Azubis nicht entsprechen.

Nach Zahlen vom EMNID hielten 70 % der befragten Auszubildenden ihren Ausbildungsabbruch für vermeidbar, wenn rechtzeitig miteinander gesprochen worden wäre. Eine intensive Kommunikation zwischen AusbilderInnen und Auszubildenden kann die Voraussetzung für Prävention und Intervention bilden. Dazu gehören auch klare Regeln und Zielvereinbarungen. Die Jugend- und Auszubildendenvertretungen können hierbei wichtige Bindeglieder und Impulsgeber sein.

Auch Auszubildende, die später nicht im gewählten Ausbildungsberuf arbeiten wollen, sollten überlegen, den Berufsabschluss zu machen und nach Weiterbildungen in den Wunschberuf zu wechseln. Vor dem Ausstieg sollte auf jeden Fall die Suche nach einer Alternative stehen, denn ein Abbruch verbessert in der Regel nicht die Chancen auf Anbahnung eines neuen (besseren) Ausbildungsverhältnisses. Die Jugendberatungsstelle der IB Soziale Dienst GmbH führt z. B. entsprechende Beratungsgespräche unter dem Motto: „Es ist nicht ganz einfach, aber ich bleib dran!“

Grundlage dieses Betrages ist eine Veröffentlichung des ver.di-Landesbezirks NRW, Ressort Berufliche Bildung.

Mr.

In eigener Sache

Den GEW-Mitgliedern des Ortsverbandes Gladbeck und des Stadtverbandes Gelsenkirchen sind im Dezember Erhebungsbögen nach Hause geschickt worden. Mit diesen Bögen möchten wir die E-Mail-Adresse und die Schule bzw. die Bildungseinrichtung abfragen, an denen die Kolleginnen und Kollegen tätig sind.

Ein hoher Rücklauf würde unsere Verwaltungsarbeiten innerhalb der Geschäftsstelle sehr vereinfachen. Wenn Sie diesen Erhebungsbogen nicht erhalten haben, dann nehmen Sie bitte mit uns Kontakt auf.

Per Post: GEW Stadtverband Gelsenkirchen, Essener Straße 88, 45899 Gelsenkirchen, per Fax: 0209 514207 oder per E-Mail: gew-ge@gmx.de. Der 500., von dem wir diesen Erhebungsbogen zurück erhalten, wird einen Büchergutschein über 50 € erhalten.

Karl-Heinz Mrosek

Altersteilzeit für Beamte

Viele Lehrerinnen und Lehrer in entsprechendem Alter, nach dem 1. August 1952 geboren, warten darauf:

Auf die Verlängerung der Altersteilzeit

Die GEW hat für die Verlängerung intensiv gekämpft.

Nun zeichnet sich ein Erfolg ab:

Im Koalitionsvertrag der Landesregierung ist eine Verlängerung der ATZ vereinbart.

Wie zu hören ist, wird an den Bedingungen für die Gewährung von ATZ gearbeitet.

Allerdings hat die Landesregierung zunächst noch dringendere Vorhaben im Bildungsbereich zu erledigen; auch der Nachtragshaushalt, der u. a. den Schulen Luft in der Lehrerversorgung verschaffen soll, muss verabschiedet werden.

Etwa Mitte nächsten Jahres ist mit den näheren Durchführungsbestimmungen zu rechnen.

So könnte es sein, dass das vorherige Ansparen durch Verzicht auf die Entlastungsstunden entfällt (es ist auch sehr bürokratisch und unpraktisch).

Es könnte stattdessen sein, dass die Unterrichtsverpflichtung dann nicht 55 % des Durchschnitts der letzten fünf Jahre sondern 60 % beträgt.

Dies dürfte insgesamt die Attraktivität der ATZ zwar mindern – dennoch würde die ATZ den Kolleginnen und Kollegen eine Perspektive für einen gesundheitsschonenden Ausstieg aus dem Berufsleben ermöglichen – wenn die ATZ richtig genommen wird.

JGottmann

GEW fordert Streikrecht für Beamtinnen und Beamte

In einer Resolution hat die GEW erneut das Streikrecht für Beamtinnen und Beamte eingefordert und ihre Solidarität mit den verbeamteten Lehrerinnen und Lehrern zum Ausdruck gebracht, die Anfang Juni dieses Jahres in Schleswig-Holstein gegen Arbeitszeitverlängerungen, zu hohe Pflichtstunden und zu hohe Arbeitsbelastungen drei Stunden lang gestreikt hatten. FDP-Bildungsminister Dr. Ekkehard Klug verhängte daraufhin „drakonische und exemplarische“ Strafen gegen einige Streikteilnehmer/innen. Für alle am Streik beteiligten

Lehrkräfte zeichnet sich laut GEW ein generelles Beförderungsverbot ab. „Die Disziplinarmaßnahmen gegen streikende Beamte in Schleswig-Holstein müssen eingestellt werden“, verlangt Ilse Schaad, Beamten- und Tarifexpertin der GEW. Sie unterstreicht die uneingeschränkte Solidarität der Gewerkschaft mit den Streikenden. „Das Streikverbot für Beamtinnen und Beamte muss endlich eingemottet werden. Streikrecht ist ein Menschenrecht. Das Verbot ist ein Relikt aus vordemokratischer Zeit.“ Schaad beruft sich insbesondere auf zwei Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) und die Praxis in anderen Staaten. Das Streikverbot widerspreche auch der Europäischen Menschenrechtskonvention und den von Deutschland ratifizierten Verträgen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

Mit den Türkei-Urteilen will die GEW nun vergleichbare Entscheidungen zum deutschen Streikverbot erreichen. Schaad geht davon aus, dass die von den Disziplinierungen betroffenen Lehrerinnen und Lehrer gute Chancen haben, die Prozesse zu gewinnen. Eine Demokratisierung des Beamtenstatus sei problemlos mit dem Anspruch des Grundgesetzes zu vereinbaren, diesen auch im Rahmen der so genannten „hergebrachten Grundsätze des Beamtentums“ weiterzuentwickeln. In Deutschland, heißt es in der Resolution, werde meist stillschweigend akzeptiert, dass Beamtinnen und Beamten ein demokratisches Grundrecht gestrichen worden sei. Das Verbot sei jedoch nirgends explizit verankert. Allein im öffentlichen Dienst zu arbeiten, sei als Grund für ein Streikverbot nicht zulässig. „Deutschland ist das einzige EU-Land, das dies beharrlich ignoriert.“

aus DGB „magazin für beamtinnen und beamte“ - Ausgabe 11.2010

Buchbesprechung



Das Ende der Geduld

Das Vermächtnis der Richterin Kirsten Heisig

Kirsten Heisig ist tot, wenige Tage, nachdem sie die letzten Korrekturen an ihrem Buch „Das Ende der Geduld“ angebracht hatte, fand man ihre Leiche. Zuweilen als „Richterin Gnadenlos“ betitelt, war Heisig wohl eher „Richterin Rast- und Ruhelos“. Denn die 48-Jährige hat nicht nur über junge Straftäter zu Gericht gesessen. Sie hat die Ursachen der Kriminalität erforscht und Lösungen gesucht, hat mit allen an der Jugendhilfe und der

Erziehung Beteiligten ebenso wie mit Jugendlichen Gespräche geführt, in Schulen und Jugendämtern recherchiert, Elternabende bestritten, Hausbesuche unternommen. Und aus ihrer umfangreichen Sachkenntnis heraus unterbreitet sie Vorschläge, wie mit den Gefahren, die aus mangelnder Bildung resultieren, umzugehen ist. Manche Kritiker werfen ihr Naivität vor. Dabei übersehen sie, dass Heisig nicht alleine stand. Dass es eine große Verschwendung ist, Jugendliche nicht zu bilden – ob sie nun aus sozial randständigen deutschen Familien stammen oder Migrationshintergrund aufweisen – hat die Wissenschaft längst nachgewiesen. Aufgrund der fehlenden Bildung werden diese Menschen ihr Leben lang auf Transferleistungen der Gesellschaft angewiesen sein und mit ihnen die Familien, die sie unweigerlich gründen werden. Nicht nur diese Leistungen ohne Gegenleistungen sind ein Verlust für die Gesellschaft, mehr noch wiegt, dass die Ressourcen, die diese Ungebildeten entwickeln könnten, der Wirtschaft und der Gesellschaft verloren gehen, obwohl sie dringend benötigt werden.

Das ist der Kernpunkt von Heisigs Vermächtnis, in dem sie auch Tacheles redet über palästinensische Clans und ihre Betätigung im kriminellen Milieu mit ihren fatalen Auswirkungen auf den Clan-Nachwuchs und die gesamte Gesellschaft. Heisig beschränkt sich nicht auf die Probleme der Migranten. Sie weist genauso auf milieugeschädigte Deutsche hin, die in der Armut versinken werden, weil sie nichts lernen konnten. Und sie greift Extreme auf, Rechte wie Linke. Das sollte jenen zu denken geben, die die Integrationsmängel und ihre Folgen auch jetzt wieder gerne mit dem Deckmäntelchen der politischen Korrektheit verdecken möchten. Das A und O für die Lösung der Probleme ist die Bildung. Die Richterin fordert in ihrem Buch Schuldistanz konsequent zu bekämpfen. Ohne Bildung geraten insbesondere männliche Jugendliche in den Strudel der Gewalt, die immer brutalere Züge annimmt. „Die Jugendgerichtsbarkeit steht hier am Ende einer Kette von Fehlentwicklungen, reagiert spät und manchmal nur als Reparaturbetrieb mit mäßigem Erfolg“ – das wollte Heisig geändert sehen. Auch deshalb entwickelte sie das Neuköllner Modell mit ihren Kollegen, nachdem bei einfachen Straftaten nicht Monate, sondern höchstens drei Wochen bis zur Aburteilung vergehen. „Konsequent gegen jugendliche Gewalttäter!“ heißt der Untertitel ihres Buches. Konsequenzen fordert Heisig nicht nur von Justiz und Politik: „Es ist den Eltern, die im Hinblick auf ihre sonstigen Angelegenheiten (wie die Sicherung des Aufenthaltes und des Bezuges staatlicher Leistungen) durchaus in der Lage sind, sich auf bei

uns geltende Gesetze einzustellen, zu vermitteln, wie die schulischen Belange ihrer Kinder zu handhaben sind.“

Mr.



Kirsten Heisig
Das Ende der Geduld
Verlag Herder, 208 Seiten, 14,95 €
ISBN 978-3-451-30204-6

Wenn man einmal länger krank ist ... **Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)**

Was verbirgt sich hinter diesem Wortungetüm?

Ist eine Lehrkraft oder ein Schulsozialpädagoge innerhalb eines Jahres länger als sechs Wochen ununterbrochen oder wiederholt arbeitsunfähig, ist der Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet, den Beschäftigten bei der erneuten Eingliederung in den Arbeitsprozess zu unterstützen. Bei diesem „betrieblichen Eingliederungsmanagement“ geht es darum,

- die Arbeitsunfähigkeit zu überwinden,
- erneuter Arbeitsunfähigkeit vorzubeugen und
- den Arbeitsplatz zu erhalten.

Das Gesprächsangebot wird durch ein Anschreiben der Dienststelle eingeleitet. Allein der Betroffene entscheidet nun,

- ob ein BEM-Gespräch stattfindet,
- wo das Gespräch stattfindet (mit der Schulleitung oder Bezirksregierung),
- ob der Personalrat und ggf. die Schwerbehindertenvertretung teilnehmen.

Bevor Sie Entscheidungen treffen, sollten Sie sich beraten lassen.

Dazu stehen Ihnen Ihre GEW-Personalräte zur Verfügung. In einem solchen Beratungsgespräch wird geklärt, ob ein BEM-Gespräch zu diesem Zeitpunkt sinnvoll ist und mit welcher Zielsetzung man in ein solches Gespräch gehen könnte.

Mögliche Ergebnisse eines BEM-Gesprächs können sein:

- organisatorische Hilfen (Unterrichtsverteilung, Stundenplan ...)

- Entlastung (Klassenfahrten, Aufsicht, Mehrarbeit ...)
- stufenweise Wiedereingliederung
- Arbeitsplatzgestaltung
- Abordnung/Versetzung

Dies sind nur Beispiele, denn es soll die individuell richtige Hilfe für den Betroffenen gefunden und dann umgesetzt werden.

Das Gesprächsergebnis mit den Vereinbarungen wird protokolliert. Dies ist wichtig, wenn die Einhaltung von Zusagen mal nicht klappen sollte. Aussagen zur persönlichen oder gesundheitlichen Situation werden dabei nicht festgehalten.

GEW – Fraktion im Personalrat Hauptschule

V.i.S.d.P.: Walter Lohne, Münsterstr.32, 52076 Aachen, Tel. 02408 - 145813

Zu viele Pillen: ein Risiko für Ältere

Neue Studie listet Wirkstoffe mit bedenklichen Nebenwirkungen auf

Diabetes, Arthrose, Bluthochdruck – viele ältere Menschen leiden an mehreren Krankheiten gleichzeitig. Nicht selten nehmen sie Tag für Tag eine Vielzahl unterschiedlicher Medikamente ein. Doch ein solcher Pillenmix kann weit reichende Folgen für die Gesundheit haben.

Fast 40 Prozent aller Heimbewohner in Deutschland erhalten Medikamente, die für ältere Menschen potenziell gefährlich sein können. Zu diesem Ergebnis kamen Wissenschaftler der Universität Witten/Herdecke. Im Auftrag des Bundesforschungsministeriums erstellten sie eine Liste mit 83 Wirkstoffen, die für Ältere mit einem größeren Risiko verbunden sein können. Auf der so genannten Priscus-Liste finden sich unter anderem bestimmte Schmerzmittel, Psychopharmaka und Blutdrucksenker, die gerade bei älteren Menschen gefährliche Neben- und Wechselwirkungen hervorrufen können.

„Besonders beim Einsatz einiger Schmerzmittel und Psychopharmaka drohen inakzeptable Risiken wie Nierenschädigungen, Magenblutungen und ein erhöhtes Sturzrisiko“, so Professor Dr. Petra Thürmann, Pharmakologin und eine der Autorinnen der Studie. Nach ihrer Recherche nehmen knapp 40 Prozent der älteren Menschen, die in Altenheimen leben, und bis zu 20 Prozent derer, die zu Hause leben, ein solches Medikament ein.

Im Durchschnitt würden Menschen über 70 Jahre drei Arzneimittel pro Tag erhalten. Jeder Dritte dieser Altersgruppe bekomme fünf bis acht

verschiedene Medikamente verordnet. Hinzu kämen noch ein bis zwei nicht rezeptpflichtige Mittel. Doch je mehr Wirkstoffe zusammenkommen, desto größer ist auch das Risiko, dass die chemischen Substanzen miteinander in Wechselwirkung treten. So kann sich beispielsweise ein Schmerzmittel, das gegen Arthrose verordnet wurde, negativ auf die Nierenfunktion auswirken. Dies steigert wiederum den ohnehin schon hohen Blutdruck, der bereits mit einem anderen Medikament behandelt wird.

„Grundsätzlich reagieren ältere Menschen empfindlicher auf Medikamente“, so Professor Thürmann. Das liege daran, dass sich viele Körperfunktionen mit zunehmendem Alter verändern. Der Stoffwechsel verlangsamt sich, die Nieren können Giftstoffe nicht mehr so gut filtern. Die Wissenschaftlerin empfiehlt deshalb, gemeinsam mit dem Hausarzt eine Arzneliste zu führen und sehr genau auf eventuelle Nebenwirkungen zu achten beziehungsweise diese dem Arzt mitzuteilen.

Die Liste mit den für Ältere potenziell gefährlichen Arzneimitteln muss dringend bei Ärzten und Apothekern bekannt gemacht werden.

Weitere Informationen gibt es am kostenlosen Beratungstelefon der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD), Arzneimittelberatungsdienst Dresden unter Telefon 0351 4585049 (Montag bis Freitag 8:30 – 16:00 Uhr).

Ines Klut

TIPP:

Jeder kann dazu beitragen, dass seine persönliche Arzneimitteltherapie so sicher und erfolgreich wie möglich ist:

- Führen Sie eine Arzneimittelliste, auf der alle Medikamente vermerkt sind, die Sie aktuell einnehmen oder anwenden. Auf diese Liste gehören auch rezeptfreie Medikamente.
- Legen Sie die Arzneimittelliste bei jedem Arztbesuch vor. Der Arzt kann so Symptome richtig einordnen und eine geeignete Therapie vorschlagen.
- Alle Hinweise zur Einnahme der Arznei sollten genau beachtet werden, um den Erfolg der Therapie nicht zu gefährden. Verschriebene Medikamente müssen regelmäßig eingenommen und dürfen nicht eigenmächtig abgesetzt werden.

Sollten während der Einnahme des Medikamentes Beschwerden auftreten, muss der Arzt informiert werden.

Inhalt:

	Seite
Auf ein Wort	2
Neues Schreckgespenst in den Schulen – Minusstunden	3
Entlassung wegen zugespitzter Wortwahl	3
Rechtstipps aktuell	3
Impressum	3
Jahreshauptversammlung	4
Einladung zur Jahreshauptversammlung 2011	4
Rechenschaftsbericht zur Vorstandsarbeit	5
Liebe bildungspolitisch Interessierte	6
Öffnungszeiten Geschäftsstelle	6
Offener Brief an die EKD-Synode – Inklusion	7
GEW begrüßt Parteikonsens zur Inklusion	7
Aktiv gegen Ausbildungsabbruch	8
In eigener Sache	9
Altersteilzeit für Beamte	10
GEW fordert Streikrecht für Beamtinnen und Beamte	10
Buchbesprechung	10
Wenn man einmal länger krank ist ...	11
Zu viele Pillen – ein Risiko für Ältere	12
Inhalt	13
Aus: SchwaN – Schule wider alle Nörgler	13
Infos aus dem Personalrat	14
Die GEW ehrt ihre Jubilare	15
TdL führt Verhandlungen zur Entgeltordnung nicht fort	16
Einladungen:	
• Personalversammlung Grundschulen	16
• Personalversammlung Hauptschulen	16

aus: **SchwaN** - Schule wider alle Nörgler -
Zeitschrift für eine effiziente Bildungsökonomie

von unserem Korrespondenten

Eine bislang unauffällige Schule in einer unbedeutenden Provinzstadt sorgt seit kurzer Zeit durch erstaunliche pädagogische Innovationen für beträchtliches Aufsehen. Wo bis vor kurzem verhärtet wirkende ältliche Pädagogen unter schreienden Jugendlichen lustlos ihren Alltag überlebten, findet man heute wie durch einen Jungbrunnen verwandelte, kraftvoll-enthusiastische Lernmoderatoren unter selbstständig arbeitendem, kompetenzhungrigem Humankapital flanieren.

Was ist geschehen?

Eine kleine, scheinbar nebensächliche Neuerung brachte den Stein ins Rollen. Die Schulmanager waren versuchsweise dazu übergegangen, die Lernmoderatoren dadurch zu motivieren, dass sie wöchentlich die Klassenbücher einsammelten, durchsahen und die Arbeitsberichte und Listen mit

aufmunternden Kommentaren versahen. Was anfangs von dem Lehrpersonal eher mit phlegmatischer Verwunderung aufgenommen wurde, entfaltete eine ungeahnte Eigendynamik. Endlich in ihrer Arbeit ernst genommen, gingen die Kollegen dazu über, Klassenbücher und Listen mit äußerster Akribie zu führen, ermunterten sich gegenseitig, wenn jemand nachlässigerweise einen Eintrag versäumte, schmückten die Einbände mit Bildern oder verzierten Umschlägen, trugen die Leistungsnoten in sechs unterschiedlichen Farben ein usw.

Bei einer ersten Evaluation in einer Konferenz wurde einstimmig beschlossen, diesen erfolgversprechenden Weg fortzusetzen, man spüre schon deutlich eine Verbesserung des Arbeitsklimas und eine positive Auswirkung auf das Humankapital, hieß es einhellig. Ja, man ging noch einen Schritt weiter und beschloss in der Sitzung, die sich bis tief in die Nacht hinzog, ein hochkomplexes System von Credit Points, das den Schulmanagern dazu dienen sollte, in einem Ranking die Führung der Klassenbücher und sonstiger Listen zu bewerten und die Ergebnisse wöchentlich bekanntzugeben.

Ein bewundernswerter, völlig neidfreier Wettbewerb entfaltete sich. Kollegen besuchten Kalligraphiekurse, um die einzelnen Fächer durch unterschiedliche Schrifttypen abheben zu können, malten für jeden Schultag winzige Mandelas, webten seidene Lesebändchen mit Szenen aus der täglichen Arbeit und vieles mehr. Besonders kreativ gestaltete sich der Wettbewerb bei der Produktion von Sinnsprüchen, deren äußere Gestaltung es oft mit den schönsten Handschriften mittelalterlicher Schreibkunst aufnehmen kann und deren Sprachkraft die gestiegene Leistungsbereitschaft so sehr verdeutlicht, dass wir unseren Lesern einige besonders gelungene Exemplare nicht vorenthalten wollen:

Bei PISA wollen wir brillieren, Input-Output/haarig-kahl - drum tun wir frisch evaluieren, wir formen das Humankapital.

Mit Disziplin und Effizienz Lernstandsmessung, Zentralklausur, zu Qualität und Kompetenz. Von Ermüdung keine Spur.

Arbeitsmarktfitness ist das Ziel, da nützt der Kompetenz-Pass viel.

In einer zweiten Evaluationsrunde beschloss man – wiederum einstimmig - die Weihnachtsgratifikationen auf das Schulkonto zu überweisen und die Gesamtsumme gestaffelt auf die sieben Jahresbesten zu verteilen. Die Schulmanager wurden gebeten, in Zukunft zu täglicher Durchsicht der Arbeitsberichte überzugehen. Sie wehrten sich mit dem Argument, dieser Arbeitsaufwand sei nicht zu schaffen. Vergeblich. Das Kollegium wischte den Einwand beiseite, indem es sich bereit erklärte, die Unterrichtsverpflichtung der Schulmanager mit zu

übernehmen – dank dem Einsatz moderner Medien und dem EVA-Programm sei der Unterricht nun wirklich keine Belastung mehr.

Man darf auf die weitere Entwicklung an dieser modernen Schule gespannt sein. An höchster Stelle stoßen die wegweisenden Innovationen jedenfalls auf Wohlwollen. „Ich lasse meinen Untertanen jede Freiheit“, äußerte die höchste Bildungsmanagerin mit einem bezaubernden Lächeln, „und Sie sehen, welche hervorragenden Ergebnisse erzielt werden. Diese Schule hat gute Chancen, von mir zur Exzellenzschule des Jahres gekürt zu werden.“

Wo viel Erfolg ist, melden sich natürlich auch die notorischen Neider und Nörgler, von denen wir zwei noch zu Wort kommen lassen wollen. Eine ehemalige Kollegin, frühpensionierte Drückebergerin, von den aktiven Lernmoderatoren als „immer schon zynisch“ qualifiziert, äußerte auf Anfrage: „Jetzt sind sie alle völlig durch geknallt“. „Sie wird mit einer Anzeige wegen Beleidigung zu rechnen haben“, kommentierte die Schulaufsicht gegenüber unserem Korrespondenten, „das gebietet die Fürsorgepflicht.“

Ein weiterer ehemaliger Mitarbeiter, der wegen Paranoia seine Zeit in der geschlossenen Psychiatrie verbringen muss – und leider wegen mangelnder Zurechnungsfähigkeit nicht belangt werden kann –, entwickelte eine völlig absurde Verschwörungstheorie.

Hinter diesen vermeintlichen Innovationen, so ließ er hinter vorgehaltener Hand wissen, verberge sich ein geschickter Plan. Jetzt, wo die Schule in aller Munde sei, werde das Kollegium im Rahmen eines geheimen Business-Trainings mit erstklassigen Coaches eine Marketing-Strategie entwickeln, um dann in einer PPP (Public-Privat-Partnership) mit der Bertelsmann AG bei der Vermarktung der Innovationen so viel Geld zu verdienen, dass man den Laden schließen, sich zur Ruhe setzen und die Bäuche in die Sonne halten könne.

Solche Miesepeter können keine Schatten auf die blühenden Bildungslandschaften der Zukunft werfen. Unsere Redaktion wird alle innovativen Schulen weiter begleiten. Wir wünschen viel Erfolg!



Infos aus dem Personalrat

Schuldienstunfähigkeit

Unsere BR ist über diesen Erlass (vor Pensionierung wegen Dienstunfähigkeit ist zu prüfen, ob noch eine Beschäftigung außerhalb des Unterrichtes möglich ist) nicht erfreut. Aber sie werden ihn wohl beachten. Die Amtsärzte, die in der Vergangenheit auch immer wieder mal das Kreuzchen an der Stelle "ist noch woanders einsetzbar" gesetzt haben, werden nun direkter aufgefordert, das mit zu prüfen. Bei positiver Prüfung wird dann das PEM eingeschaltet.

Man rechnet nur in seltenen Fällen damit, dass eine Stelle gefunden wird.

Ein Dezernent sagte mir auf die Frage: "Was passiert, wenn jemand mit der Weitergabe seiner Daten nicht einverstanden ist und nicht unterschreibt?"

Antwort: "Dann versetzen wir ihn in den Ruhestand."

Über den Erlass wird diese Woche ein Gespräch MSW/Bezirksregierungen stattfinden.

Sabbatjahr – als Halbjahr

Diese vom Beamtenengesetz vorgesehene Regelung (Sabbatjahre im Halbjahresturnus) soll auch diese Woche im MSW besprochen werden.

Vorgriffsstunde

Wer die Vorgriffsstunde nicht mehr nehmen kann (z. B. bei Pensionierung wegen Dienstunfähigkeit) hat zu Beginn der Regelung eine Zahlung in Höhe von 39 Wochenstunden pro Jahr erhalten. Vor Gericht wurde erstritten, dass die Zahlung auf der Basis von 52 Wochenstunden pro Jahr zu erfolgen hat. Auch rückwirkend soll dies erfolgen (Erlass vom 13.07.2009), also auch für abgeschlossene Fälle mit zu geringer Zahlung.

Die Bezirksregierung hat allerdings keine Listen darüber geführt, wer eine solche zu geringe Ausgleichszahlung erhalten hat. Es liegt nun an uns, die Betroffenen darüber zu informieren, dass sie nachfordern müssen.

Versetzungswünsche von GU-Kräften

Mindestens überall da, wo GU-Lehrkräfte eine Versetzung beantragt haben, sind GU-Stellen ausgeschrieben worden. Wenn eine solche Stelle besetzt wird, kann die Versetzung erfolgen. Aufgabe der ÖPR ist es, darauf zu achten, dass die Ausschreibungen auch tatsächlich an den entsprechenden Schulen erfolgt.

Jubilarehrung am 4. November im Consol-Theater



Gehrt wurden folgende Jubilare:

40 Jahre: Angelika Bennarend, Eva Geelhaar, Hans-Jürgen Koschorreck, Walter Mühlberg, Reiner Müller, Helmut Niemeier, Rolf Seer, Annedore Wilhelm;

25 Jahre: Angelika Ait Hacene, Wolfgang Allkemper, Beate Behnke, Dr. Werner Blanke, Doris Blattner, Jürgen Boffen, Marianne Bogdan, Gerhard Bunk, Gabriele Fleischauer-Niemann, Ralf Herzenberger, Monika-Marie Knoche, Beate Küll, Rainer Merschmann, Brigitte Mewes, Christa Niedmers, Evelyn Niewierra, Heike Polko-Bartkowski, Paul Rikus, Ulrike Tillmann, Jürgen Vollmann, Anette Weiland, Vera Wolf



Streik am 4. Mai 2010



**Bildung ist
MehrWert!**

besser.gleich!

L-ego



Tariftelegramm ... Tariftelegramm ... Tariftelegramm ... Tariftelegramm ... Tariftelegramm

TdL führt Verhandlungen zur Entgeltordnung nicht fort

Die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften GEW, ver.di und der dbbtarifunion mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zum Eingruppierungsrecht für den TV-L wurden am 15. November 2010 von der TdL komplett abgebrochen. Das betrifft auch die Verhandlungen über eine Entgeltordnung für Lehrkräfte.

Die Verhandlungsführung der TdL hat erklärt, dass sie die Verhandlungen nicht fortsetzt, wenn die Gewerkschaften an ihrer Forderung zu den Vergütungsgruppenzulagen festhalten. Diese Entwicklung überraschte. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die TdL oder Teile der TdL den Schulterchluss mit der VKA und dem Bund suchen, da dort die Verhandlungen über eine Entgeltordnung zum TVöD aufgrund der arbeitgeberseitigen Blockade ebenfalls in einer Sackgasse stecken. Die TdL hat während der Verhandlungen den Gewerkschaften wiederholt vorgeworfen, die Verhandlungsgrundlagen zu verlassen. Der Vorwurf betraf die Höhergruppierung und die Aufstiege aus den Entgeltgruppen 3 und 6. Richtig ist dagegen, dass sich die TdL ihrerseits von Positionen losgesagt hat, die bereits als Lösungsmöglichkeiten im Gespräch waren. Sie wollte für diese Aufstiege die Entgeltgruppen 4 und 7, die ausschließlich für Arbeitermerkmale zur Verfügung stehen, auch für Angestelltenmerkmale nutzen.

Der nächste Verhandlungstermin am 29./30. November 2010 wurde von der TdL abgesagt. Die Absage gilt auch für die Sondierungen zur Lehrereingruppierung.

Berlin, 16. November 2010 • GEW-Hauptvorstand • tarifrunde@gew.de

Die **Personalversammlung 2010** für die Kolleginnen und Kollegen an **Grundschulen** findet am **Dienstag, 5. März 2011, ab 13:00 Uhr mit einem kleinen Imbiss** in der Gerhart-Hauptmann-Realschule in Gelsenkirchen-Erle statt. Einladungen durch den Personalrat ergehen gesondert. Themen: u.a.:

- Benotungen • L-Ego evtl. Ergebnisse der Tarifverhandlungen
- Arbeits- und Gesundheitsschutz L.J.

Personalversammlung 2010
für **Hauptschulen** im
Regierungsbezirk Münster

Am **Donnerstag, 17. März 2011** findet die nächste Personalversammlung im Barbarahaus, Kapellenweg 75, 48249 Dülmen, im Bezirk Münster statt.
Bitte den Termin vormerken und teilnehmen.
K.-H. M.

Voraussichtlicher Schülerbestand an Grund-, Haupt, Real- und Gesamtschulen sowie an Gymnasien nach dem Schuljahrgang (status-quo-Prognose) - Schülerbestände 2009 – 2019 nach kreisfreien Städten und Kreisen - **Nordrhein-Westfalen**

Schuljahrgang	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Primarstufe zusammen	680.892	664.945	655.682	654.506	649.801	652.933	638.078	623.498	609.087	595.204	593.369
Sekundarstufe I zusammen	1.108.901	1.030.026	1.014.746	988.714	965.850	942.252	930.235	918.104	910.258	907.313	893.940
Sekundarstufe II zusammen	240.993	310.989	317.054	316.227	257.404	251.679	242.998	238.517	232.238	228.471	222.294

Quelle Statistik: <http://www.gew-nrw.de>